

## HARTZ-PAPIER Schröder macht Wahlkampf mit Arbeitslosigkeit

Die Hartz-Kommission hat zwar in die richtige Richtung gedacht, aber die Art und Weise der Präsentation ist wie so mancher Vorschlag unseriös und reiner Wahlkampf.

Warum nimmt sich die Bundesregierung erst jetzt der Probleme des Arbeitsmarktes an? Über vier Millionen Arbeitslose kennzeichnen das Scheitern von Schröder und Rot-Grün. Auch die Union hat bei der Arbeitsmarktpolitik nicht alles immer richtig gemacht und die Zeichen der Zeit spät erkannt. Aber es ist pure Frechheit, wie Schröder kurz vor der Abwahl versucht in die Vorhand zu kommen. Es waren vier lange Jahre Zeit, nach Lösungen zu suchen. Vier Jahre, in denen die durchschnittliche Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern kaum unter 18 % gesunken, aber die Abwanderung in den Westen wieder gestiegen ist. Gerade im Osten haben wir die höchste Arbeitslosigkeit seit der Wiedervereinigung. Erste Umfragen zeigen: die Vorschläge der Hartz-Kommission werden von der Bevölkerung berechtigter Weise als Wahlkampfgeplänkel verstanden.

### BR-Kommentar

Unbeschadet davon, dass es sich lohnen würde, über das eine oder andere Detail der Hartzvorschläge genauer zu diskutieren, muss festgestellt werden:

Erstens: Es geht nicht um die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen, um notwendige strukturelle Veränderungen und bessere Rahmenbedingungen für den Mittelstand und Investitionen in Deutschland. Auch die Arbeitsmarktprobleme im Osten liegen nicht so sehr in einem Mangel an Kapital, sondern vielmehr an der fehlenden wirtschaftlichen Nachfrage, einem unflexiblen Arbeitsmarkt, zu hohen Lohnnebenkosten und zu vielen Arbeitskräften mit nicht nachgefragter Qualifikation. Hartz kuriert nur am Symptom.

Zweitens: Durch die schnellere Vermittlung ist all jenen nicht geholfen, für die keine Arbeitsplätze da sind. Solange Schwarzarbeit auf Berliner Baustellen normal ist, solange auf durchschnittlich 26 Arbeitslose im Osten nur eine freie Stelle kommt, wird den meisten Menschen durch diese Maßnahmen eben überhaupt nicht geholfen.

Und drittens: Der Grundansatz von Hartz ist falsch. Er denkt zentralistisch und vom Staat her. Kein Zutrauen in die Menschen, die ja gern arbeiten wollen, wenn ihnen Angebote gemacht werden könnten. Die Verstaatlichung der Arbeitslosigkeit, d.h. die Einstellung von Arbeitslosen in so genannte Personal-Service-Agenturen ist nicht zielführend. Denn wenn der Staat faktisch Arbeitslose anstellt, ist zwar das Problem aus der Statistik verbannt, aber nicht wirklich gelöst. Mit solchem zum Teil sogar staatssozialistischen Instrumentarium oder dem Auftrag an die Arbeitsämter, sich um Strukturpolitik zu kümmern, geht Hartz den völlig falschen Weg. Einigkeit bei den Zielen erübrigt nicht die Diskussion über gangbare Wege dorthin. Veränderungen sind nötig und die Veränderungsbereitschaft in der Gesellschaft ist gestiegen, weil der Problemdruck größer geworden ist. Doch gerade deshalb dürfen nach vier Jahren Stillstand mit Rot-Grün und der enttäuschenden Senatspolitik von SPD und PDS in Berlin nicht diejenigen weiter machen, die Wirtschaftswachstum verhindern und das Heer der Arbeitslosen vergrößern. Die negative Bilanz von Rot-Grün ist in der für die betroffenen Menschen schrecklichen Flutkatastrophe nicht untergegangen. Daran ist bis zum Wahltag am 22. September zu erinnern. Schröder wollte nicht wiedergewählt werden, wenn er die Arbeitslosigkeit nicht signifikant senkt. Wir sollten ihn hier ausnahmsweise einmal beim Wort nehmen!

Günter Nooke  
Spitzenkandidat der Berliner CDU,  
stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-  
Bundestagsfraktion und Sprecher der ostdeutschen  
Unions- Abgeordneten

DAS HARTZ-PAPIER IST EIN KLEINER SCHRITT, DER ZU SPÄT KOMMT

## VOM GROSSEN WURF KEINE SPUR

„Die Vorschläge der Hartz-Kommission lassen für den Berliner Arbeitsmarkt keine durchgreifende Verbesserung erwarten. Eine Halbierung der Arbeitslosenzahlen in Aussicht zu stellen, ist illusionär. Etliche Punkte bedürfen dringend der Nachbesserung.“ So kommentierte der arbeitsmarktpolitische Sprecher der Berliner CDU-Fraktion, Peter Kurth, in einer ersten Stellungnahme den jüngst von der so genannten Hartz-Kommission vorgelegten Bericht zur Reform der Arbeitsmarktpolitik.

Die entscheidende Schwäche des Papiers sei, dass die wesentlichen Faktoren für den Arbeitsmarkt wie Lohnnebenkosten und Arbeitsrecht nicht einmal behandelt, geschweige denn Reformvorschläge gemacht würden, erklärte Kurth.

„Es fehlt an Arbeitsplätzen, und die entstehen nicht im Arbeitsamt, auch nicht nach Reform der Strukturen dort. Es geht nicht nur darum, die Vermittlung zu reformieren, es geht vor allem darum, die Rahmenbedingungen zu verbessern, damit Unternehmen wieder Arbeitsplätze schaffen. Dazu verliert die Kommission kein einziges Wort.“ Die CDU-Fraktion begrüße zwar einige der Vorschläge – z.B. die Erweiterung der befristeten Arbeitsverhältnisse für ältere Arbeitnehmer. In wichtigen Punkten springe die Kommission aber deutlich zu kurz. So ist die Beschränkung der Neuregelung im Niedriglohnbereich auf den haushaltsnahen Bereich gerade für den Berliner Arbeitsmarkt kein Fortschritt und völlig unverständlich.



Kurth sagte: „In Berlin waren die früheren 630-DM-Jobs vor allem in der Gastronomie und im Einzelhandel anzutreffen. Hier brauchen wir besonders dringend einen Ersatz. Deswegen ist die Beschränkung auf Privathaushalte ein Fehler. Wir brauchen generell eine unbürokratische Neuregelung im Niedriglohnbereich bis zu 500 Euro.“

Schlicht falsch ist die Umwandlung der Arbeitsämter in Kompetenzzentren für Strukturpolitik. Eine Optimierung der Vermittlungstätigkeit ist davon nicht zu erwarten. In das von der Berliner CDU seit langem geforderte Konzept einer one-stop-agency für Investoren passt es auch nicht. Wir brauchen nicht mehr Ansprechpartner für Strukturpolitik, sondern weniger und kompetentere.

Ein Fehler liegt auch darin, dass auf eigene Vorstellungen für den besonders schwierigen ostdeutschen Arbeitsmarkt verzichtet wurde. Die Schere zwischen West- und Ostdeutschland schließt sich nicht, sondern der Abstand vergrößert sich wieder. Davor darf man nicht die Augen verschließen, sondern muss mit einem Maßnahmenbündel reagieren, das den Besonderheiten des ostdeutschen Arbeitsmarktes und der Wirtschaftsstruktur Rechnung trägt.

Der Umgang der Bundesregierung und ihrer Kommission mit diesem zentralen Thema ist nach jahrelanger Untätigkeit unangemessen. Selbstverständlich kann und muss man einzelne Punkte verbessern, ohne damit das Anliegen in Frage zu stellen.“

Kurth sagte abschließend: „Vor wenigen Monaten wurde das Job-Aktiv-Gesetz bejubelt als Trendwende auf dem Arbeitsmarkt. Es hat sich aber als völliger Flop erwiesen. Die Vorschläge der Hartz-Kommission haben nun eine sachliche Diskussion verdient. Aktionismus ist fehl am Platz.“

GYSI-NACHFOLGE

## „Ein Schaf im Wolfspelz?“

Angesichts der Benennung des bisherigen PDS-Fraktionsvorsitzenden im Abgeordnetenhaus Harald Wolf als neuer Wirtschaftsminister durch die Findungskommission der PDS ist man geneigt, das bekannte Sprichwort vom Wolf im Schafspelz umzukehren. Der Vorsitzende der CDU-Fraktion, Frank Steffel, erklärt dazu:

„Ein Harald Wolf als Wirtschaftsminister – damit würde der rot-rote Senat endgültig die Wirtschaftspolitik dem Primat der Haushaltspolitik unterordnen. Buchhalter hat dieser Senat bei weitem genug. Berlin braucht einen Senator für Wirtschaft und Arbeit mit Visionen und Schaffenskraft, nicht einen Senator mit Rechenschieber. Herr Wolf, Politologe und ehemaliges Mitglied der Gruppe Internationaler Marxisten, ist auf dem Platz des Wirtschaftsministers ein Standortnachteil,

wenn nicht gar ein Risiko.“

Herr Wolf spreche nicht die Sprache der kleinen und mittleren Unternehmen und habe weder zu Unternehmern noch zu Arbeitnehmern Zugang. Darüber hinaus hätten drei Viertel aller Senatoren von SPD und PDS noch nie in ihrem Leben in einem Wettbewerbsunternehmen gearbeitet, um Erfahrungen zu sammeln. Herr Wolf reihe sich hier passgenau neben die Damen und Herren Knake-Werner, Böger, Strieder, Flierl usw. ein. „Gerade in diesem Ressort sind Kenntnisse über die marktwirtschaftlichen Grundzüge jedoch Voraussetzung“, so Steffel.

„Der Senat erklärt mit diesem Votum endgültig die Wirtschaftspolitik zur Sparbüchse von SPD und PDS. Das Votum der Findungskommission ist aber auch ein Armutszeugnis für diesen Regierenden Bürgermeister.“

Anstatt die Chance für eine qualifizierte Neubesetzung zu nutzen, genoss Herr Wowerit lieber jeden Sonnenstrahl unter griechischer Sonne. Fazit: Herr Wowerit erholte sich – aber Berlin krankt weiter“, so Steffel abschließend.

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und Sprecher der Abgeordneten der neuen Bundesländer, Günter Nooke, weist auf einen anderen Aspekt hin. Nooke: „Der PDS gehen die Ossis aus. Dem Real-Sozialisten Gysi folgt der westdeutsche Salon-Kommunist Wolf. Beide verbindet eine obskure Vergangenheit und eingefleischte Ablehnung der bürgerlichen Gesellschaft. Zwei von drei PDS-Senatoren in Berlin kommen aus dem Westen. Selbst die PDS muss erkennen: Die Ostdeutschen stehen für linke Experimente nicht zur Verfügung.“

## Damit sich Handwerk wieder lohnt...

Ein „Programm zur Förderung des Handwerks und zur Sicherung von Arbeitsplätzen“ wurde von Peter Rzepka, Bundestagskandidat für den Wahlkreis Tempelhof-Schöneberg und Wirtschaftsexperte der Berliner CDU-Fraktion, sowie von Nicolas Zimmer, Parlamentarischer Geschäftsführer der Berliner CDU-Fraktion, vorgestellt. Die Berliner Rundschau bringt eine Zusammenfassung:

Das Berliner Handwerk steckt in einer tiefen wirtschaftlichen Krise. Seit 1998 sind die Umsätze um ca. 12 % zurückgegangen. Wenig verwunderlich ist angesichts dieser Zahl, dass auch ca. 12 % der Handwerksbetriebe geschlossen und ca. 22.500 Arbeitsplätze abgebaut wurden. Zum einen sind die schlechte Zahlungsmoral und die hohe Schwarzarbeitsquote Schuld an dieser Entwicklung, andererseits machen die massiven Auftragsrückgänge und zu hohe Steuern und Abgaben den Handwerksbetrieben zu schaffen. Nach Schätzungen besteht im Hoch- und Tiefbaubereich ein Instandhaltungsbedarf von ca. 200 Mio.

Euro. Allein für den Straßenbau sind nach Angaben des ADAC in diesem Jahr 140 Mio. Euro Erhaltungskosten unbedingt erforderlich. Lediglich 30 Mio. werden dafür durch den Senat bereitgestellt. Hinzu kommen Instandhaltungs- und Investitionsmaßnahmen für öffentliche Gebäude wie etwa bei Schulen und Kindertagesstätten. Berlin spart somit an der Zukunft, aber nicht für sie!

Statt der geplanten investiven Einsparungen sollte das Land Berlin zentral ein Programm zur Förderung der Handwerksbetriebe in Höhe von 200 Mio. Euro auflegen. Berlin muss dafür sorgen, dass auf der Einnahmeseite durch Förderung der Wirtschaftsaktivitäten zusätzlicher Spielraum für das Land entsteht. Intelligentes Sparen muss das Ziel der Stadt sein. Unser Programm gibt der Wirtschaft Berlins neue Impulse, fördert die durch die Haushaltssperre des Senats von Aufträgen abgeschnittenen kleinen und mittelständischen Unternehmen der Stadt und dient somit dem Erhalt und der Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen.

Finanziert werden soll das Programm aus Mitteln des Quartiersmanagements. Zusätzlich würden an das Land über Steuereinnahmen (Lohnsteuer, Umsatzsteuer etc.) ca. 15 - 20 % der Geldmittel zurückfließen. Denkbar wäre auch eine Einbeziehung von BSI-Maßnahmen zur zusätzlichen Entlastung des Arbeitsmarktes und zur teilweisen Finanzierung des Programms mit Bundesmitteln der Arbeitsverwaltung.

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung der Auftragslage bei Handwerksbetrieben sind steuerliche Maßnahmen durch den Bundesgesetzgeber. Die Bereitschaft zur Durchführung von Instandhaltungsmaßnahmen im Mietwohnungsbestand wird durch erweiterte steuerliche Abzugsmöglichkeiten für Instandhaltungskosten und die Aufhebung der Begrenzungen für die Verlustverrechnung bei Wohnungseigentümern erzielt.

### IMPRESSUM

HERAUSGEBER UND VERLAG  
Berliner Presse- und Informationsdienste Verlags- und  
Werbe-Gesellschaft mbH (bpi),  
Neue Grünstraße 26 · 10179 Berlin  
Telefon: 030/20 64 16 0 · Telefax: 030/20 64 16 66

CHEFREDAKTEUR  
Matthias Wambach  
LAYOUT UND SATZ  
Steffen Boettcher

REDAKTION  
Marco Hardt, Dirk Reitze, Alfred Molter,  
Dirk Reitze

ANZEIGEN  
Alexander Göbel

BANKVERBINDUNG  
Deutsche Bank, Kto-Nr.: 107 117 400 · BLZ 100 700 00

DRUCK  
Union Druckerei Berlin GmbH  
Storkower Str. 127 a · 10407 Berlin

Für nicht angeforderte Manuskripte wird keine Haftung  
übernommen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben  
nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.